

Strukturfonds: Anhörung offenbart schwerwiegende Probleme in den Mitgliedsstaaten

"Eine ernüchternde Bilanz" zieht die Sprecherin der EVP-ED-Fraktion im Haushaltskontrollausschuss, Inge Gräßle (CDU) nach der erstmaligen Anhörung der Vertreter der Aufsichts- und Kontrollebenen für die Strukturfonds in den Mitgliedsstaaten: Nach ihren Aussagen ist die erhoffte Vereinfachung der Regeln zur Ausgabe der Gelder im Strukturfondsbereich auch in der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 gescheitert. Innovative Projekte würden durch das damit verbundene Risiko weiter zurückgedrängt. Ein "audit overkill" bewirke, dass Projektträger mit zahlreichen Kosten für Audits konfrontiert seien, ohne dass für sie oder die EU der Mehrwert erkenntlich sei. Der Bürokratieanteil wachse durch ein ausgebautes Berichtswesen weiter, Spitzabrechnungen statt Pauschalen zwingen zu großem Aufwand und umfangreiche Sanktionen bei Ausschreibungsfehlern bewirkten, dass die Verwaltungen vor Ort zögerlich seien, die Strukturfondsgelder zu nutzen. "Die Kritik der Kontrollebenen aus den Mitgliedsstaaten war vernichtend und wirft viele Fragen auf", resümiert Gräßle. "Wesentliche Elemente der Strukturfonds wurden aus Vereinfachungsgründen extra den Mitgliedsstaaten überlassen. Dass jetzt das Gegenteil erreicht wurde, ernüchtert und frustriert," sagte die Sprecherin der EVP-ED-Fraktion im Haushaltskontrollausschuss, Inge Gräßle. "Das Parlament hat die Kommission aufgefordert, mehr mit Pauschalen zu arbeiten und die Wirtschaftlichkeit stärker zu berücksichtigen statt nur formale Kriterien. Das ist nicht passiert. Wieder einmal kamen die Regeln für die Projekte erst nach ihrer Ausschreibung. Das wirft jetzt gewaltige Probleme auf". Gräßle plädierte für eine stärkere Effizienz- und Effektivitätsprüfung: "Die Ergebnisse der Strukturfonds müssen in den Mittelpunkt gestellt werden. Wenn es so weiter geht, werden die Strukturfondsgelder wieder anfangs nicht abgerufen und am Ende der Förderperiode mit einem 'Kehraus' unter die Leute gestreut. Beides ist für die Verwendung der EU-Gelder und das Ansehen der Europäischen Union verheerend".